N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19.07.2017 im Großen Saal des Bürgerhauses Neuer Markt, Bühl, Europaplatz,

Sitzungsdauer: 18:00 Uhr bis 20:30 Uhr

- - - - - - -

Anwesend sind:

Vorsitzender
Oberbürgermeister Hubert Schnurr

Gremiumsmitglied
Stadträtin Barbara Becker
Stadtrat Stefan Böckeler
Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm
Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger
Stadtrat Daniel Fritz bis 20.20 Uhr anwesend
Stadtrat Timo Gretz
Stadtrat Peter Hirn
Stadtrat Lutz Jäckel
Stadtrat Hans-Jürgen Jacobs
Stadtrat Patric Kohler
Stadtrat Ludwig Löschner
Stadtrat Manfred Müller
Stadtrat Ulrich Nagel
Stadtrat Hubert Oberle
Stadtrat Walter Seifermann
Stadtrat Peter Teichmann
Stadtrat Johannes van Daalen
Stadtrat Thomas Wäldele
Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg
Stadtrat Jörg Woytal
Stadtrat Norbert Zeller
Stadträtin Yvonne Zick

Ortsvorsteher
Ortsverwaltung Weitenung, Daniel Fritz bis 20:20 Uhr anwesend
Ortsverwaltung Eisental, Jürgen Lauten
Ortsverwaltung Altschweier, Manfred Müller
Ortsverwaltung Vimbuch, Manuel Royal

Verwaltung
Erster Beigeordneter, Wolfgang Jokerst
Bürgerservice-Recht-Zentrale Dienste,
Martin Bürkle
Finanzen, Johanna Balaskas
Wirtschafts- und Strukturförderung/Baurecht,
Corina Bergmaier
Bildung-Kultur-Generationen, Klaus Dürk
Stadtentwicklung, Bauen, Immobilien,
Wolfgang Eller
Personal und Organisation, Jutta Luft
Beteiligungsmanagement, Jörg Zimmer
Rechts- und Ausländerwesen,
Elisabeth Beerens

Zentrale Dienste, Reinhard Renner	
Projektsteuerung und Administration, Daniel Back	
Ordnungsamt, Andreas Bohnert	
Kindertageseinrichtungen u. Generationenarbeit, Sabrina Braun	bis 19:30 Uhr anwesend
Verkehr und Lärmschutz, Fritz Ell	bis 19:35 Uhr anwesend
Stadtplanung, Bettina Kernler	
Tiefbau-Bauhof-Grünflächen , Wolfgang Schuchter	
Stadtentwicklung, Günther Straub	
Stadtentwicklung, Barbara Thévenot	
Grundstücksmanagement, Bernd Übelin	
Zuhörer/innen	18
Pressevertreter	4

Entschuldigt fehlen:

Gremiumsmitglied
Stadtrat Bernd Broß
Stadtrat Franz Fallert
Stadtrat Oswald Grißtede
Stadträtin Ursula Zink-Ohnemus

Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde

2. Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28.06.2017 gefassten Beschlüsse

3. 1. Finanzbericht zum Haushaltsjahr 2017

4. Wahl der Stellvertreter des Ortsvorstehers von Vimbuch

5. Hauptsatzung der Stadt Bühl; Beschluss der 15. Änderungssatzung

6. Ideenwettbewerb „Quartier 2020 – Gemeinsam. Gestalten."

7. Umgestaltung Markt- und Kirchplatz in Bühl;
   Vorstellung Überplanung Grünflächen und Baumquartiere

8. 5. Änderung des Bebauungsplanes „Neukritt-Weidmatten-Reezenmatten" in Bühl-Vimbuch;
   a) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
   b) Beschluss zur Teilaufhebung der östlichen Teilfläche (Sandbachstraße) und Satzungsbeschluss
   c) Kostenschätzung für die Planung eines aktiven Lärmschutzes

9. 1. Änderung des Bebauungsplanes „Herbert-Odenheimer-Straße/ Bahnhof" in Bühl
   a) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
   b) Erneute Entwurfsbilligung mit geändertem Geltungsbereich und Offenlagebeschluss

10. Rathaus II, Klimaanlage
    Vergabe der Arbeiten

11. Durchführung der Eigenkontrollverordnung;
    Vergabe der Kanalsanierungsarbeiten 2017 in geschlossener Bauweise, nordwestlicher Bereich der Kernstadt, auf dem Kirchplatz und im Stadtteil Vimbuch
    1. Reparatur und Renovierung
    2. Janßen-Verfahren

12. Instandsetzungsarbeiten 2017/2019 in Bühl und Bühler Stadtteilen;
    Vergabe der Straßen- , Feldwege- , Brücken-, Unterhaltung öffentlicher Plätze, Fußwege/Gehwege, Kanalisations- und sonstigen Tiefbauarbeiten

13. Sanierungsrechtliche Genehmigung gemäß § 145 BauGB i. V. m. § 9 der Hauptsatzung der Stadt Bühl; Schaffung von Wohnungen im Ober- und Dachgeschoss, Flst.Nr. 184/1, Hauptstraße, in Bühl

14. Investitionszuschuss für den Evangelischen Kindergarten

15. Annahme von Spenden und Zuwendungen an die Stadt Bühl von April bis Juni 2017

16. Berichte und Anfragen

Oberbürgermeister Schnurr eröffnet die Sitzung und stellt die entschuldigten Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

TOP 1: Bürgerfragestunde

Auf entsprechende Nachfragen von Herrn Eith antwortet Oberbürgermeister Schnurr, dass die Stadt bereits dabei ist, Abstandsgrünflächen in Blumenwiesen umzuwandeln, nachdem man bereits vor einiger Zeit im Gemeinderat die Biodiversität beschlossen hat.
Er nennt einige Beispiele hierzu und betont, dass man diesen Weg weiterverfolgen wird. Er sagt zu, beim Einsäen einer solchen Fläche zu helfen, wenn Herr Eith diese zuvor umgestochen hat. Herr Eith nennt hier die Grünfläche beim Informationszentrum in Balzhofen.

Herr Ketterer beschreibt die Verkehrsverhältnisse in Bühl als nicht mehr tragbar, z.B. in der Friedrichstraße. Er fragt, warum man nicht die ganze Straße komplett mit Tempo 30 macht. Darüber hinaus bezeichnet er die blauen Busse der Citylinie als nicht mehr zeitgemäß.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass das Ordnungsamt dabei ist, ein Konzept hinsichtlich weiterer Tempo-30-Bereiche aufzustellen, wobei man sicherlich nicht alle Straßen berücksichtigen kann. Bezüglich der Busse bemerkt er, dass man diese Leistungen an einen privaten Unternehmer vergeben hat, so dass allenfalls die Möglichkeit bleibt, mit diesem deswegen Kontakt aufzunehmen.

Herr Kaygusuz, der in der Hauptstraße 52 wohnt, hat mehrere Fragen: Warum stellt die Stadt keine Einwohnerparkplatzausweise aus bzw. warum gibt es für die Anwohner keine freien Parkplätze? Zu welchen Zeiten arbeiten die städtischen Politessen? Warum ist es nicht möglich, im Schwimmbad sein Kind abzuholen, ohne dafür Eintritt bezahlen zu müssen? Für welche Zwecke wird Grunderwerbssteuer verwendet? Ferner bemängelt er, dass Werbetafeln in der Hauptstraße so aufgestellt sind, dass man als Fußgänger nicht mehr durchkommt und auf der Straße laufen muss. Schließlich geht er auch noch auf die Sichtbehinderung bei seiner Ausfahrt durch aufgestellte Pflanzkübel ein.

Herr Bürkle, Bürgerservice-Recht-Zentrale Dienste, erklärt, dass Herr Kaygusuz eine Wohnung ohne Stellplatz in der Hauptstraße hat; er bestätigt auch seine Schwierigkeiten bei der Parkplatzsuche, auch aufgrund seiner Arbeitszeiten. Man hat ihm jedoch schon mehrere Stellplätze angeboten, die ihm entweder zu teuer oder zu weit weg waren.
Anwohnerparkplätze können in der Nähe seiner Wohnung auch nicht angeboten werden, weil man hier keine öffentlichen Flächen hat.

Herr Zimmer, Beteiligungsmanagement, erklärt, dass jeder, der das Schwimmbad betritt, Eintritt zu bezahlen hat, egal welche Motive er hat, in das Bad zu gehen.

Frau Balaskas, Finanzen, erklärt, dass die Grunderwerbssteuer nicht der Stadt zusteht, sondern vom Finanzamt einkassiert wird.

Bezüglich der Problematik der Sichtbehinderung beim Ausfahren schlägt Oberbürgermeister Schnurr vor, dass man sich dies gemeinsam vor Ort anschaut, um eine Lösung zu finden.

Herr Bürkle betont anschließend, dass der Gemeindevollzugsdienst fast rund um die Uhr arbeitet. Es wird auch immer wieder seitens der Bevölkerung verlangt, dass man in den Abendstunden in den Wohngebieten den ruhenden Verkehr kontrolliert. Frühmorgens geht es vor allem um Geschwindigkeitskontrollen, was auch immer wieder eingefordert wird. In diesem Zusammenhang können natürlich auch Verwarnungen an notorische Falschparker ausgesprochen werden.

Herr Dr. Vollmer aus Altschweier erklärt, dass er bei der Arbeitsgruppe „Unser Dorf hat Zukunft“ dabei ist und man ein neues Konzept erarbeitet hat, welches eigentlich heute dem

Gemeinderat hätte vorgestellt werden sollen. Aufgrund der Fülle der Tagesordnungspunkte wurde dies jedoch verschoben, er hofft, dass dies in der nächsten Sitzung nachgeholt werden kann. Darüber hinaus bietet er allen Gemeinderatsfraktionen an, dass man das Konzept in der jeweiligen Fraktionssitzung vorstellen kann.

Oberbürgermeister Schnurr sagt zu, dass dieses Thema auf der Tagesordnung der Septembersitzung stehen wird und begrüßt das Angebot, dass sich die Fraktionen das Konzept vorstellen lassen können.

TOP 2: Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28.06.2017 gefassten Beschlüsse

Oberbürgermeister Schnurr gibt die in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28.06.2017 gefassten Beschlüsse (TOP 1, 2, 3) bekannt.

TOP 3: 1. Finanzbericht zum Haushaltsjahr 2017

Oberbürgermeister Schnurr trägt den als Anlage beigefügten 1. Finanzbericht 2017 vor.

TOP 4: Wahl der Stellvertreter des Ortsvorstehers von Vimbuch

Stadträtin Becker verlässt vorübergehend die Sitzung und nimmt an der Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teil.

Beschluss:

Auf Grund des Vorschlags des Ortschaftsrates Vimbuch wählt der Gemeinderat der Stadt Bühl Ortschaftsrat Uwe Burkart zum ersten Stellvertreter und Ortschaftsrat Patric Kohler zum zweiten Stellvertreter des Ortsvorstehers von Vimbuch.

Wahlergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 5: Hauptsatzung der Stadt Bühl; Beschluss der 15. Änderungssatzung

Herr Renner, Zentrale Dienste, erklärt, dass auch der Ortschaftsrat Neusatz dieser Hauptsatzungsänderung einstimmig zugestimmt hat.

Stadtrat Gretz betont, dass er den Beschlussvorschlag ablehnen wird. Er erläutert nochmals den Vorschlag des Ortschaftsrates Altschweier, die untere Wertgrenze für die Zuständigkeit des Ortschaftsrates bei 37.500 Euro zu belassen, um das bürgerschaftliche Engagement der Stadtteile zu fördern. Die ablehnende Auffassung der Verwaltung kann er nicht teilen.

Oberbürgermeister Schnurr ergänzt, dass nicht nur die Verwaltung, sondern auch der Verwaltungsausschuss diesen Vorschlag des Ortschaftsrates Altschweier nicht unterstützt.

Die Vorsitzenden der übrigen Fraktionen sprechen sich dagegen für den Beschlussvorschlag aus. Sie halten die Anpassung der Wertgrenzen an die Realität zeitgemäß und angemessen und möchten keine unterschiedliche Handhabung in den Stadtteilen mit Ortschaftsverfassung gegenüber den anderen Stadtteilen und der Kernstadt. Darüber hinaus begrüßen sie, dass hier die Abläufe vereinfacht und die Gremien etwas entlastet werden. Für wichtig halten sie die zukünftigen Informationen über Vergaben an die entsprechenden Gremien.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die beigefügte Satzung zur 15. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Bühl.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

TOP 6: Ideenwettbewerb „Quartier 2020 – Gemeinsam. Gestalten."

Nach einleitenden Worten von Oberbürgermeister Schnurr stellt Frau Braun, Kindertageseinrichtungen und Generationenarbeit, die Details zu diesem Ideenwettbewerb mittels einer Präsentation vor.

Anschließend betont Bürgermeister Jokerst die Wichtigkeit der Bürgerbeteiligung in diesem Bereich und geht auf den Gesellschaftsdialog am 12. September 2017 ein.

Frau Braun erläutert die Details zu diesem Gesellschaftsdialog. Alle Gemeinderatsmitglieder sind herzlich eingeladen, sich daran zu beteiligen.

Bürgermeister Jokerst ergänzt, dass an diesem Abend auch der Planer, der den Wettbewerb beim „Campus" gewonnen hat, dabei sein wird, um die Eindrücke in seine weiteren Planungen einbeziehen zu können.

Schließlich erklärt Frau Braun, dass man bei diesem Ideenwettbewerb eine maximale Prämie von 100.000 Euro erhalten kann. Die Auszahlung der Preisgelder erfolgt noch im Jahr 2017.

Stadtrat Jäckel betont zwar die positiven Aspekte in diesem Wettbewerb, fragt aber grundsätzlich, ob man sich nicht allmählich zu viel aufbürdet und ob die Verwaltung noch in der Lage ist, dies alles zu bewerkstelligen.

Bürgermeister Jokerst erwidert, dass es hier nur um die Prämierung von Ideen geht, wobei die dahinterstehende Arbeit in Zusammenarbeit mit dem Campus ohnehin erledigt werden muss. Darüber hinaus gesteht er jedoch zu, dass die Bürger in letzter Zeit sehr oft zur Beteiligung aufgerufen werden und es schwierig ist, den Sinn und Zweck dieses Gesellschaftsdialoges zu vermitteln.

Er bestätigt Stadtrat van Daalen, dass der Termin unmittelbar nach dem Zwetschgenfest zum Schulbeginn auch für die Stadt Bühl nicht günstig ist, er sich jedoch aufgrund der Beteiligung des Ministeriums und des Städtetages nicht verlegen lässt, wenn man dies noch in diesem Jahr durchführen möchte.

Stadtrat Hirn betont, dass das Beispiel Altschweier mit „Unser Dorf hat Zukunft" und auch die Aktivitäten in Weitenung zeigen, dass man beim Thema Bürgerbeteiligung nicht ganz von vorne beginnt.

Oberbürgermeister Schnurr ergänzt die Beispiele um das DORV-Zentrum Eisental und auch die Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit dem Klimaschutzkonzept und dem KLIMOPASS.

Stadtrat Fritz begrüßt diese Bewerbung, da man letztlich nur gewinnen kann, hätte sich aber gewünscht, dass man die Ortsteile stärker einbezieht, bei denen, wie bereits erwähnt, schon sehr viele Aktivitäten in Sachen Bürgerbeteiligung laufen.

Bürgermeister Jokerst gesteht zu, dass man bei diesem Gesellschaftsdialog den Spagat versucht, einerseits die Entwicklung im Bereich „Campus" zu beleuchten, andererseits über den Tellerrand hinaus zu schauen und auch die Entwicklung in den Stadtteilen miteinzubeziehen.

Stadträtin Dr. Burget-Behm findet es wichtig, neue Ideen zu entwickeln, um damit den gesellschaftlichen Veränderungen in Zukunft gerecht werden zu können. Sie verweist dabei auch auf den demografischen Wandel. Sie begrüßt die Teilnahme an diesem Wettbewerb und kann sich auch vorstellen, die daraus entwickelten Ideen auch für andere Quartiere in der Stadt übernehmen zu können.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger spricht sich im Namen der FW-Fraktion auch für die Teilnahme an diesem Wettbewerb aus. Er begrüßt den Einbezug der Bürger und betont, dass hier andere Gruppen der Bevölkerung angesprochen werden als z.B. bei Klimaschutzkonzept. Auch für ihn ist die angemessene Berücksichtigung der Stadtteile wichtig.

Stadträtin Becker bestätigt zwar die Äußerungen von Stadtrat Jäckel, dass man sehr viele Projekte laufen hat, in welchem Bürger eingebunden sind. In diesem speziellen Fall ist jedoch schon so viel Vorarbeit geleistet worden, weshalb man hier wirklich versuchen sollte, die Kräfte zu bündeln und eine solche Prämierung zu erreichen. Zu bedenken gibt es jedoch, dass man auf jeden Fall den Bürger ernst nehmen muss, d.h. es reicht nicht, dass sich die Bürger an Prozessen beteiligen, sondern sie müssen hinterher auch das Gefühl haben, dass das, was sie einbringen, auch Widerhall findet.

Stadtrat Seifermann begrüßt für die GAL-Fraktion ebenfalls die Teilnahme an diesem Wettbewerb und denkt, dass es gut ist, Konzepte für die Zukunft mit Bürgerbeteiligung zu machen, auch wenn es dafür kein Preisgeld geben sollte.

Auch Stadtrat Löschner benennt das Problem, dass sich vielleicht noch zu wenige Bürger beteiligen und bittet darum, sich Gedanken zu machen, wie man noch mehr Bürger für solche Beteiligungen gewinnen kann.

Bürgermeister Jokerst bestätigt, dass Apelle allein nicht viel bewirken werden, sondern dass man die Leute konkret ansprechen und ihnen erklären muss, um was es hier geht. Auch über die neuen Medien soll beworben werden um auch andere Gruppen anzusprechen, damit es eben nicht so ist, dass sich immer nur dieselben Personen und Personengruppen beteiligen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, am Ideenwettbewerb „Quartier 2020 - Gemeinsam.Gestalten." des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg teilzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (23 Ja-Stimmen)

TOP 7: Umgestaltung Markt- und Kirchplatz in Bühl;
Vorstellung Überplanung Grünflächen und Baumquartiere

Oberbürgermeister Schnurr geht auf die Vorlage und den Hintergrund dazu ein.

Frau Thévenot, Stadtentwicklung, erläutert die neuen Planungen.

Stadtrat Wäldele ergänzt die Ausführungen und betont nochmals seinen Wunsch, auch bei der Grünfläche beim Kiosk gerade statt runde Linien zu verwirklichen. Bezüglich der Art der Bäume ist es wichtig, solche zu wählen, die auch auf lange Sicht dem Klimawandel Stand halten werden und für innerstädtische Standorte geeignet sind. Er ist der Meinung, dass man mit dieser Planung einen schönen Platz erhält, der auf Jahre hinaus die Stadt Bühl sehr gut repräsentieren wird.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger nennt die Vorzüge von Grünflächen gegenüber Pflasterflächen und verweist auch auf die finanzielle Mehrbelastung. Deshalb beantragt er im Namen der FW-Fraktion, die ursprünglichen Grünflächen zu erhalten und darüber hinaus die zusätzlichen Bäume gemäß dem neuen Vorschlag zu pflanzen.
Stadträtin Dr. Burget-Behm findet den Vorschlag von Stadtrat Prof. Dr. Ehinger sympathisch angesichts der von ihm genannten Vorteile.

Oberbürgermeister Schnurr entgegnet, dass die Nutzung des Platzes dadurch jedoch eingeschränkt wird und die Durchgängigkeit, die Stadtrat Wäldele betont hat, verloren geht. Dasselbe gilt auch für die Großzügigkeit des Platzes, da diese Grünflächen nicht begehbar sind.

Vertreter der anderen Fraktionen sprechen sich gegen diesen Antrag aus und verweisen darauf, dass es sich nicht wirklich um richtige Grünflächen, sondern um Bereiche unter Bäumen handelt.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger entgegnet hinsichtlich der Kosten, dass es Jahrzehnte dauert, bis der Pflegeaufwand die Mehrkosten für die Pflasterung aufheben würde. Er appelliert nochmals an die Ratsmitglieder, den Pfad des Sparens nicht zu verlassen und zu berücksichtigen, was beim KLIMOPASS herauskam. Dort wünscht man seitens der Bürger auch mehr Begrünung.

Auch im weiteren Verlauf der Diskussion kommt jedoch überwiegend Zustimmung zum Vorschlag von Stadtrat Wäldele zum Ausdruck.

Frau Thévenot erklärt, dass man gemeinsam vor Ort das Thema dieser runden Grünfläche besprechen und festlegen wird.

Auf entsprechende Äußerungen erläutert Stadtrat Wäldele die Art der Baumpflanzung, so dass die Wurzeln nach unten ziehen und es damit nicht zu den Anhebungen des Pflasterbelages kommt.

Über den Antrag von Stadtrat Prof. Dr. Ehinger, die ursprünglichen Grünflächen zu erhalten und die zusätzlichen Bäume zu pflanzen, wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den seitens der Verwaltung und der GAL ausgearbeiteten Kompromissvorschlag anzunehmen und in die Planung zur Umgestaltung des Markt- und Kirchplatzes aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen

TOP 8: 5. Änderung des Bebauungsplanes „Neukritt-Weidmatten-Reezenmatten“ in Bühl-Vimbuch;
a) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
b) Beschluss zur Teilaufhebung der östlichen Teilfläche (Sandbachstraße) und Satzungsbeschluss
c) Kostenschätzung für die Planung eines aktiven Lärmschutzes

Oberbürgermeister Schnurr geht auf die Vorlage ein.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger geht auf Details der Planungen ein und betont, dass man den Antrag seitens des Ortschaftsrates Vimbuch hinsichtlich der Untersuchungen eines weiteren aktiven Lärmschutzes befürwortet.

Stadtrat Kohler erläutert aus Sicht des Ortschaftsrates Vimbuch, um was es hier genau geht. Er betont, dass den Anwohnern in diesem Bereich mehr aktiver Lärmschutz versprochen wurde.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass die Problematik bekannt ist und dass er zu seinem Wort steht, aber hier jedoch nochmals die verschiedenen möglichen Varianten aufgezeigt werden müssen.

Stadtrat Jäckel bittet jedoch ausdrücklich darum, hier die Verhältnismäßigkeit nicht außer Acht zu lassen. Nicht vergessen darf man auch, dass in der Nähe des Zubringers grundsätzlich mit Lärm zu rechnen ist, d.h. zuziehenden Bewohnern sollte das bewusst sein.

Oberbürgermeister Schnurr nimmt den Vorschlag von Stadträtin Dr. Burget-Behm auf, unter Teil c) des Beschlussvorschlages dem Begriff „Planung“ in „Umsetzung“, zu ändern, da es in der Tat darum geht, herauszufinden, was eine solche Maßnahme kostet.

Auch Stadtrat Gretz ist der Meinung, dass die Modifizierung dieses Wunsches aus dem Ortschaftsrat Vimbuch durch den Technischen Ausschuss gut ist, um gerade auch die Verhältnismäßigkeit berücksichtigen zu können.

Beschluss:

a) Der Gemeinderat beschließt die vorgebrachten Stellungnahmen unter Abwägung öffentlicher und privater Belange gemäß der aufgeführten Stellungnahmen der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (23 Ja-Stimmen)

b) Der Gemeinderat beschließt den Teilaufhebungsbereich (Sandbachstraße) und die 5. Änderung des Bebauungsplans „“Neukritt-Weidmatten-Reezenmatten“, in Bühl-Vimbuch, mit textlichen Festsetzungen, örtlichen Bauvorschriften und Begründung mit Umweltbericht, artenschutzrechtlicher Vorprüfung und Schalltechnischer Untersuchung vom 20. Juni 2017 als zusammengefasste Satzung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (23 Ja-Stimmen)

c) Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit einer Kostenschätzung für die Umsetzung eines aktiven Lärmschutzes an der östlichen und westlichen Seite des bestehenden Lärmschutzwalles.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (23 Ja-Stimmen)

TOP 9: 1. Änderung des Bebauungsplanes „Herbert-Odenheimer-Straße/ Bahnhof“ in Bühl

a) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

b) Erneute Entwurfsbilligung mit geändertem Geltungsbereich und Offenlagebeschluss

Oberbürgermeister Schnurr erläutert eingangs die Situation bezüglich der Tiefgaragenabfahrt und nennt Vorteile und Nachteile der drei Varianten. Letztlich ist die Zufahrt über die Herbert-Odenheimer-Straße städtebaulich und verkehrstechnisch die beste Lösung. Diese Variante ist auch mit dem Wettbewerbsergebnis konform. Er führt weiter aus, dass der Bereich Campus zukünftig verkehrsberuhigt sein soll, d.h. nach den Parkplätzen des Modehauses Pfeiffer rechts und der Tiefgaragenzufahrt links ist die Straße geschlossen. Für diese Tiefgaragenabfahrt müssen 104 Quadratmeter bisherige Schulhoffläche in Anspruch genommen werden. Ein Großteil dieser Fläche soll jedoch wieder überdeckelt werden, so dass letztlich nur etwa 20-30 Quadratmeter offen bleiben, die übrige Fläche kann wieder dem Schulhof zur Verfügung gestellt werden. Der Investor hat zugesagt, gemeinsam mit der Schule die Gestaltungsmöglichkeiten zu besprechen. Schließlich betont er auch noch, dass sich das Schulhofgelände durch die Verkehrsberuhigung der Herbert-Odenheimer-Straße in Richtung Europaplatz und Platz Villefranche erweitert. Schulleitung und Elternvertreter können diesen Weg mitgehen, sofern sie bei der Gestaltung des Campusbereiches miteinbezogen werden. Auch

im Technischen Ausschuss wurde der ganze Sachverhalt ausgiebig diskutiert. Aufgrund der dargestellten Sachlage schlägt die Verwaltung hinsichtlich der Tiefgaragenzufahrt die Variante 1, nämlich Zufahrt über die Herbert-Odenheimer-Straße, vor und hat dies bereits im Bebauungsplanentwurf so berücksichtigt.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger äußert seine Freude darüber, dass ein Investor für dieses Areal gefunden wurde. Eine Tiefgaragenzufahrt über die Eisenbahnstraße halten die Freien Wähler aufgrund der Stoßzeiten für nicht realisierbar, weshalb man sich der Variante 1 anschließt mit der Maßgabe, dass die Zufahrtsfläche wieder größtenteils überbaut und für die Schule wieder nutzbar gemacht wird. Wichtig ist auch, dass dieser Vorschlag mit dem Wettbewerbsergebnis konform ist. Hinsichtlich der Überschreitung der Lärmwerte hält er es für wichtig, die Mieter bzw. Käufer darüber zu informieren.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass es in der Tat im Bebauungsplan festgeschrieben wird, dass Lärmschutzmaßnahmen zu treffen sind.

Stadtrat Fritz spricht sich ebenfalls für die Variante 1, also die Zufahrt über die Herbert-Odenheimer-Straße, aus und spricht von einer guten Lösung.

Stadträtin Becker findet es richtig, darüber zu reden, wenn für eine private Maßnahme ein Teil des Schulhofes geopfert werden muss. Es wäre sicherlich auch eine Zufahrt über den öffentlichen Bereich möglich gewesen, allerdings zu Lasten der Wirtschaftlichkeit für den Investor. Für sie ist es ein nicht geringer Teil des Schulhofgeländes, das hier aufgegeben werden muss.

Oberbürgermeister Schnurr betont nochmals, dass sich die Schulhoffläche zukünftig deutlich vergrößern wird und sich die Schülerströme in Richtung der neuen Mensa beim Kinder- und Familienzentrum verlagern werden. Er ist auch überzeugt davon, dass der Investor sein Wort halten wird und große Teile dieser Tiefgaragenzufahrt wieder überbauen wird.

Stadtrat Jäckel geht auf die geschichtliche Entwicklung in dieser Angelegenheit ein und betont, dass es richtig war, hier eine Erhaltungssatzung zu machen. Aufgrund der Tatsache, dass die Herbert-Odenheimer-Straße zukünftig für den Verkehr praktisch geschlossen wird, ist von erhöhtem Verkehrsaufkommen in der Eisenbahnstraße auszugehen. Vor diesem Hintergrund beleuchtet er die drei Varianten der Tiefgargenzufahrt. Letztlich bleibt auch für die FDP-Fraktion nur die Variante 1, d.h. die Zufahrt über die Herbert-Odenheimer-Straße, übrig. Hinsichtlich der Realisierung des Wettbewerbes betont er, dass letztlich alle, auch die Schule, nur gewinnen werden. Abschließend äußert er seine Freude darüber, dass es noch solche privaten Investoren gibt, mit denen man solche Dinge gestalten kann.

Stadträtin Dr. Burget-Behm betont ihre abweichende Meinung und erklärt, dass hier die Abwägung zwischen öffentlichen und privaten Interessen besonders schwierig ist. Für sie sind einige Fragen unbeantwortet: Ist diese bauliche Verdichtung vertretbar bzw. handelt es sich hier um eine dem Klimawandel angepasste Verdichtung? Ist die Umsetzung dieser Wohnbaumaßnahme schalltechnisch vertretbar? Hier kommt das Schutzgut Mensch zu kurz, weshalb sie diesem Bebauungsplan nicht zustimmen kann. Die Abwägung hinsichtlich der privaten Tiefgaragenabfahrt zum öffentlichen Schulhofgelände hält sie für nicht ausgewogen, sondern sieht hier eindeutig die privaten Interessen bevorteilt, auch wenn die Entwürfe des Campuswettbewerbes nicht entgegenstehen und die Schule zugestimmt hat. Sie erklärt abschließend, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmt, sie jedoch nicht.

Stadtrat Seifermann zeigt sich wie einige seiner Vorredner erfreut, dass dieser Punkt heute überhaupt behandelt werden kann und die Villa Walchner erhalten bleibt. Er betont, dass der Verkauf von Schulhofflächen für eine Tiefgargagenabfahrt nicht gehen würde, wenn sich nicht hier durch den Campus die Schulhoffläche wesentlich vergrößern würde.
Auch er sieht die Zwänge, dass letztlich nur die Variante 1 als Zufahrtsmöglichkeit übrig bleibt, wobei auch ihm wichtig ist, dass die Schule miteinbezogen wird.
Letztendlich denkt er, dass hier eine gute Lösung gefunden wurde, auch was die

weitest gehende Überdachung dieser Abfahrt betrifft, weshalb man dem Beschlussvorschlag zustimmen kann.

Stadtrat Oberle erklärt, dass er zwar den grundsätzlichen Überlegungen folgen kann, dem Beschlussvorschlag jedoch nicht zustimmen wird. Seiner Meinung nach wäre es dem Investor möglich, die Zufahrt direkt über die Herbert-Odenheimer-Straße zu machen, ohne dafür Schulhofgelände in Anspruch nehmen zu müssen. Sowohl für diese Abfahrt als auch für den Erweiterungsbau der Realschule werden weiter Flächen versiegelt, ohne dass es die Möglichkeit einer zusätzlichen Grünfläche in diesem Bereich gibt.

Stadtrat Nagel erklärt, dass es in der SPD-Fraktion durchaus Diskussionen darüber gab, dass städtische Flächen für eine private Tiefgaragenzufahrt zur Verfügung gestellt werden sollen. Mit dem vorliegenden Kompromiss einer Überdeckelung, womit wieder Freiraum für die Schule und für verschiedene Nutzungsmöglichkeiten geschafften wird, kann man allerdings leben. Jedoch sollte man sich nicht nur auf das Wort des Investors verlassen, sondern diese Überbauung im Kaufvertrag festlegen und auch durch Dienstbarkeiten absichern.

Stadtrat Hirn ist der Meinung, dass man mit dem jetzigen recht minimalen Verlust an Schulhofgelände einverstanden sein kann, vor allen Dingen auch deshalb, weil die Hauptbeteiligten ebenfalls dafür sind. Er hält die Diskussion darüber für richtig und wichtig, da sie jetzt zu diesem Ergebnis geführt hat.

Beschluss:

a) Der Gemeinderat beschließt die vorgebrachten Stellungnahmen unter Abwägung privater und öffentlicher Belange gemäß der aufgeführten Stellungnahmen der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltungen

b) Der Gemeinderat billigt die 1. Änderung des Bebauungsplanentwurfes „Herbert-Odenheimer-Straße/Bahnhof“ in Bühl mit textlichen Festsetzungen, örtlichen Bauvorschriften und Begründung vom 21.06.2017, einschließlich artenschutzrechtlicher Stellungnahme, Schalltechnischer Untersuchung und einem geänderten Geltungsbereich und beauftragt die Verwaltung, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in Form einer erneuten Offenlage durchzuführen sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB erneut zu hören.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Stadtrat Fritz verlässt die Sitzung.

TOP 10: Rathaus II, Klimaanlage; Vergabe der Arbeiten

Beschluss:

Die Firma Sodexo GA-Tec Gebäude- und Anlagentechnik GmbH, 76532 Baden-Baden erhält den Auftrag im Gewerk „Klimaanlage“ zum Angebotspreis von 58.727,94 Euro (brutto).

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 11: Durchführung der Eigenkontrollverordnung; Vergabe der Kanalsanierungsarbeiten 2017 in geschlossener Bauweise, nordwestlicher Bereich der Kernstadt, auf dem Kirchplatz und im Stadtteil Vimbuch

1. **Reparatur und Renovierung**
2. **Janßen-Verfahren**

Beschluss:

1.) Die Firma Rainer Kiel Kanalsanierung GmbH, Estenfeld, erhält den Auftrag für die Kanalsanierungsarbeiten 2017 in geschlossener Bauweise (Reparatur und Renovation) mit einer Gesamtsumme von brutto 438.818,39 €.

2.) Die Firma Fakatec GmbH, Waldfischbach-Burgalben erhält den Auftrag für das (Janßen-Verfahren) mit einer Gesamtsumme von brutto 219.936,29 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 12: Instandsetzungsarbeiten 2017/2019 in Bühl und Bühler Stadtteilen; Vergabe der Straßen- , Feldwege- , Brücken-, Unterhaltung öffentlicher Plätze, Fußwege/Gehwege, Kanalisations- und sonstigen Tiefbauarbeiten

Beschluss:

Die Firma Josef Welle GmbH, Bühl, erhält den Instandsetzungsauftrag 2017 bis 2019 für Straßen-, Kanalisations- und sonstige Tiefbauarbeiten in Höhe von brutto 851.525,43 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 13: Sanierungsrechtliche Genehmigung gemäß § 145 BauGB i. V. m. § 9 der Hauptsatzung der Stadt Bühl;
Schaffung von Wohnungen im Ober- und Dachgeschoss, Flst.Nr. 184/1, Hauptstraße, in Bühl

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt die sanierungsrechtliche Genehmigung gemäß § 145 BauGB i. V. m. § 9 der Hauptsatzung der Stadt Bühl zu dem o.g. Bauvorhaben auf Flst.Nr. 184/1, Hauptstraße, in Bühl.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 14: Investitionszuschuss für den Evangelischen Kindergarten

Beschluss:

Die Evangelische Kirchengemeinde erhält für den Umbau der Heizungsanlage einen Investitionszuschuss von 20.138,28 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 15: Annahme von Spenden und Zuwendungen an die Stadt Bühl von April bis Juni 2017

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die in der Anlage zur Gemeinderatsvorlage einzeln aufgeführten Spenden / Zuwendungen gem. § 78 Abs. 4 GemO im Namen der Stadt Bühl an.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 16: Berichte und Anfragen

Bekanntgaben des Oberbürgermeisters

Broschüre „Die Bühler Synagoge“

Dieses gelungene Werk von Günther Weil liegt auf den Tischen aus.

Bauernmarkt

Der Bauernmarkt am 16. September 2017 findet zum 20. Mal statt, aus diesem Grund wird es eine Reihe von Veranstaltungen geben.

Erweiterung Aloys-Schreiber-Schule

Für den Erweiterungsbau der Aloys-Schreiber-Schule ist zwischenzeitlich der erste Bescheid in Höhe von einer halben Million Euro eingegangen.

Konzert Kammerorchester Bühl/Achern

Am 23. Juli 2017 findet im Friedrichsbau ein Konzert des Kammerorchesters Bühl/Achern anlässlich des 110-jährigen Bestehens statt, wozu alle herzlich eingeladen sind.

Notariat

Stadtrat Jäckel und Stadträtin Dr. Burget-Behm bemängeln die Entwicklung in Sachen Notariat, wonach es wohl erst 2019 wieder einen einzigen Notar in Bühl geben wird, und schlagen eine Resolution des Gemeinderates vor, um gegenüber dem Land Druck zu machen.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass er bereits jetzt ein Schreiben an das Land schicken wird, in welchem er auch diese Resolution des Gemeinderates, die in der nächsten Sitzung verabschiedet werden soll, ankündigt.

Umgestaltung Markt-/Kirchplatz

Oberbürgermeister Schnurr sagt Stadtrat Böckeler zu, dass es einen gemeinsamen Termin mit ihm und den Verantwortlichen aus dem Fachbereich Stadtentwicklung-Bauen-Immobilien geben soll, bei dem man ihm die vorgesehenen technischen Versorgungsleitungen vorstellt, so dass er gegebenenfalls noch Besserungs-und Ergänzungsvorschläge unterbreiten kann, die dann bei der Baumaßnahme noch berücksichtigt werden können.

Europaplatz

Stadträtin Dr. Burget-Behm bemängelt den unordentlichen Zustand des Europaplatzes, unter anderem wegen des Grasbewuchses.

Oberbürgermeister Schnurr sagt zu, dass hier für Abhilfe gesorgt wird.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister: Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr

Der Schriftführer:

Reinhard Renner